

PRESSEMITTEILUNG

Pressesprecher

Dirk Hundertmark

Landeshaus, 24105 Kiel

Telefon 0431-988-1440

Telefax 0431-988-1444

E-mail: info@cdu.ltsh.de

Internet: <http://www.cdu.ltsh.de>

Es gilt das gesprochene Wort

Innenpolitik

Wilfried Wengler zu TOP 22:

Verwaltungsvereinfachung und Bürokratieabbau sind das Fundament für Bürgerfreundlichkeit und Kundenorientierung

Als ich die Überschrift Ihres Antrages las, sehr geehrte Frau Heinold, habe ich gedacht, „Bürgerfreundlichkeit der Behörden“ sei eine elegantere Formulierung für „Bürgernähe der Verwaltung“, die sich durch Flexibilität, Professionalität und Wirtschaftlichkeit auszeichnet. Ich erwartete also einen **substantiellen** Beitrag zur anstehenden Verwaltungsreform und Deregulierung, kurz gesagt zum „schlanken Staat“. Aber gefehlt! Sie beschäftigen sich mit der vermeintlichen „Bürger-**Unfreundlichkeit**“ der Behörden und fordern zusätzliche Institutionen im Verwaltungsapparat.

Ihr Antrag fußt offensichtlich auf dem jüngsten Bericht der Beauftragten für soziale Angelegenheiten. Leider ist in diesem Bericht nicht quantifiziert, welchen Umfang die von Ihnen als Begründung genannte "zunehmende Verschlechterung im Umgang von Behörden mit hilfeschuchenden Bürgerinnen und Bürgern" annimmt. Im Bericht sind lediglich Einzelfälle beschrieben, die keinerlei Schluss auf die Gesamtheit erlauben.

Verehrte Abgeordnete der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN! Meinen Respekt dafür, dass Sie sich - wie übrigens auch **alle anderen** Abgeordneten in diesem Landtag - für die Bürgerinnen und Bürger des Landes Schleswig-Holstein einsetzen wollen.

Die Mehrheit im Parlament hat zur Verbesserung der Bürgernähe das Amt der **Bürgerbeauftragten** für soziale Angelegenheiten geschaffen. Darüber hinaus hat sie den Petitionsausschuss ins Leben gerufen. Beide Einrichtungen samt ihrer Mitarbeiter sind unabhängig von einander zuständig für die Problematik, die Sie angesprochen haben.

Ich möchte Sie daran erinnern, dass sich die Regierungskoalition zurzeit um eine Verschlan-
kung der Verwaltung, um vereinfachte und damit beschleunigte Abläufe und Vermeidung von
Mehrfachzuständigkeiten bemüht. Gerade dadurch werden wir mehr Bürgernähe und einen
höheren Dienstleistungsgrad der Verwaltung erreichen.

Es ist uns bewusst, dass wir auch in Zukunft nicht jedes Fehlverhalten einzelner Verwal-
tungsmitarbeiter werden vermeiden können. Diese Quote kann lediglich durch entsprechende
Ausbildung, Schulung und Personalführung gemindert werden. Daher wären gezielte Vor-
schläge in dieser Richtung von Ihnen sinnvoller gewesen. Stattdessen rufen Sie nach **zusätzli-
cher Kontrolle** und **mehr** Bürokratie.

Während die Beauftragte für soziale Angelegenheiten in ihrem Bericht **einen Mo-
dellversuch** vorschlägt, fordern Sie die Schaffung von verbindlichen Standards für
Bürgerfreundlichkeit und Kundenorientierung, die Einrichtung von Beschwerdestellen
sowie ein standardisiertes Beschwerdemanagement – also **zusätzliche** Verwal-
tungsakte und **zusätzliche** Verwaltungsstellen.

Konsequenterweise sollten wir dann wohl auch noch einen Koordinierungsausschuss
mit Vertretern aller Fraktionen schaffen, der das dann standardisierte Beschwerde-
management der Bürgerbeauftragten, des Petitionsausschusses und der neu zu
schaffenden Beschwerdestellen in den verschiedenen Behörden koordiniert.

Damit konterkarieren wir dann endgültig **alle** Bemühungen der Regierungskoalition
um Verwaltungsvereinfachung und Bürokratieabbau.

Verwaltungsvereinfachung und Bürokratieabbau sind das Fundament für Bürger-
freundlichkeit und Kundenorientierung.

Der Staat kann nicht über die Grenzen seiner Leistungsfähigkeit hinaus neue Stellen
einrichten. Selbstverständlich - und da gehen wir wieder konform - haben die Bürge-
rinnen und Bürger einen Rechtsanspruch auf umfassende Information, unterstützen-
de Beratung und selbstverständlich: Gewährung ihrer Leistungsansprüche!